

"Dolchstoß von eigener Hand" in Die Welt (27. September 1972)

Quelle: Die Welt. Unabhängige Tageszeitung für Deutschland. Herausgeber Kremp, Herbert. 27.09.1972, Nr. 225. Hamburg: Die Welt.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"dolchstoß_von_eigener_hand"_in_die_welt_27_september_1972-de-2dd5bf65-ae6e-44f3-889d-d33e11c00daf.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 16/09/2012

Dolchstoß von eigener Hand

Von Axel Schützsack

z. Z. Oslo

Norwegens Nein zur EWG – Rückschlag für Europa, Niederlage für das Land

Die Würfel in Norwegen sind gefallen. Der Wahlsieg der Beitrittsgegner bei der EWG-Volksabstimmung war größer als erwartet, die Niederlage der Befürworter schlimmer als befürchtet. Der politische Scherbenhaufen, den das Wahlergebnis hinterläßt, wurde schon in der Wahlnacht deutlich sichtbar. Norwegen geht schweren Zeiten entgegen. Darüber sind sich alle, die politische Verantwortung tragen, im klaren.

Staatsminister Trygve Bratteli hat in der Wahlnacht noch einmal bestätigt, daß er mit seinem Kabinett zurücktreten wird. Die Konservativen haben ebenfalls wiederholt, daß sie nicht bereit sind, an einer jetzt zu bildenden Regierung teilzunehmen, deren erste Aufgabe es sein wird, ein norwegisches Freihandelsabkommen in Brüssel auszuhandeln. Beide Parteien verfügen zusammen über nahezu siebenzig Prozent der Abgeordneten im norwegischen Storting. Die Liberalen und die Christliche Volkspartei, die insgesamt 18 Prozent der Storting-Mandate stellen, sind in der EWG-Frage gespalten. Nur die Zentrumsparterie Per Bortens mit einem Rest von etwas mehr als zehn Prozent der Storting-Abgeordneten ist geschlossen gegen den Beitritt.

Bereits in der Wahlnacht wurde deutlich, daß einer der Hauptverantwortlichen für dieses Ergebnis, der ehemalige Regierungschef Per Borten, mit seinem Sieg nichts anzufangen weiß. Borten wich allen Fragen aus, wie er sich denn jetzt die Übernahme der politischen Verantwortung nach dem Wahlsieg der EWG-Gegner vorstelle. Während Borten zu dieser Frage beharrlich schwieg, wußten seine aktivsten und militantesten Helfer im Kampf gegen die EWG-Verträge, die Sozialistische Volkspartei und die Kommunisten, Rat. Der Führer der Sozialistischen Volkspartei, Finn Gustafson, schlug eine neue sozialdemokratische Regierung vor, aber natürlich nicht unter der Führung Brattelis, denn der Wahlsieg der EWG-Gegner sei zugleich ein Sieg über die Machteliten des herrschenden Establishments, behauptete Gustafson. Per Borten schwieg auch dann noch beharrlich, als Gustafson eine volle Breitseite gegen die repräsentative Demokratie abgefeuert hatte.

Die repräsentative Demokratie hat in der Tat in der norwegischen EWG-Volksabstimmung eine Niederlage erlitten, und die Direktdemokratie hat sich in ihrer gefährlichen Fragwürdigkeit offenbart. Der Wahlkampf hat die Schleusen für die Demagogen geöffnet, die an das tiefverwurzelte Nationalgefühl der Norweger appellierten ohne Rücksicht auf die konkreten und schwerwiegenden politischen Folgen, die ein Nein zwangsläufig implizieren mußte. Der Vorwurf, daß in den Kampagnen der EWG-Gegner das Nationalgefühl des einfachen Norwegers in einer Reihe von Fällen geradezu schamlos ausgenutzt worden ist, kann ihnen nicht erspart bleiben. Dieser Vorwurf wiegt um so schwerer, als sie wußten, daß sie nicht die konkrete politische Verantwortung für ihre Taten zu tragen hätten, sondern sich in der Wahlnacht nur noch in Siegerpose zu verabschieden brauchten.

Die Ursachen der Tragödie, die mit dem Wahlergebnis für Norwegen zur Gewißheit wurde, lassen sich in wenigen Sätzen zusammenfassen. Es ist einer Schicht von militanten EWG-Gegnern gelungen, eine Sachdiskussion über Vor- und Nachteile der Vollmitgliedschaft dadurch zu verhindern, daß sie das norwegische EWG-Problem in nationalromantischer Verklärung zu einer Frage des nationalpolitischen Glaubensbekenntnisses hochstilisierten. Es ging zum Schluß gar nicht mehr darum, ob man für oder gegen die EWG, sondern ob man ein guter oder ein schlechter Norweger ist.

Es soll nicht bestritten werden, daß es eine ganze Reihe von Leuten innerhalb der Volksbewegung gegen die EWG gab, die diese Entartung des Wahlkampfes mit wachsender Sorge beobachteten. Aber auch sie müssen sich heute vorhalten lassen, daß sie nichts Wesentliches taten, um diese Entwicklung zu verhindern. Es kann ferner nicht bestritten werden, daß die große Masse vor allem der norwegischen Landbevölkerung und der

Fischer der EWG von vornherein skeptisch gegenüberstand.

Die eleganteste und politisch sauberste Lösung der EWG-Frage wäre ohne Zweifel gewesen, wenn die Entscheidung nach den Prinzipien der repräsentativen parlamentarischen Demokratie im norwegischen Storting gefallen wäre. Dieser Weg war aber nicht mehr gangbar, nachdem der ehemalige Regierungschef Per Borten, der zunächst mit zu den EWG-Befürwortern zählte, ins Lager der Gegner übergewechselt war, weil die im norwegischen Grundgesetz für verfassungsändernde Gesetze vorgeschriebene qualifizierte Mehrheit von drei Vierteln der Storting-Abgeordneten kaum noch erreicht werden konnte. Der Übertritt Bortens zu den Beitrittsgegnern sicherte der Volksbewegung gegen die EWG auch die Stimmen der Bauern und der Kleinverbraucher. Angesichts der überwältigenden Mehrheit in der Landbevölkerung gegen den Beitritt haben auch die ländlichen Wähler der Sozialdemokraten Bratteli im Stich gelassen.

Norwegen steht am Tage nach der Wahl allem Anschein nach eine innenpolitische Dauerkrise bevor, deren Ende nicht abzusehen ist. Diese Krise wird noch dadurch erschwert, daß man jetzt zusehen muß, die Geister, die der Wahlkampf gerufen hat, im Interesse der Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie möglichst schnell wieder loszuwerden. Ruhe und Besonnenheit sind in der aufgewühlten politischen Gefühlslandschaft Norwegens ein dringendes Gebot. Das Wahlergebnis der Volksabstimmung ist zwar ein Rückschlag für Europa, aber vor allem eine Niederlage für Norwegen.